



DSTG informiert

DAS STEUER- UND GROLLBLATT

Jahrgang 2016 Nr. 5



Foto: DSTG

V.l.n.r.: Benedikt Lux (Bündnis 90/Die Grünen), Dr. Manuela Schmidt (Die Linke),
Detlef Dames (DSTG Landesvorsitzender), Christian Goiny (CDU)

**DSTG im Austausch
mit der Politik**

Bundesweit für Sie da: Mit Direktbank und wachsendem Filialnetz.



Für mich: BBBank-Junges Bezügekonto¹⁾

¹⁾ Voraussetzung: Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied. Kostenfreie Kontoführung bis 27 Jahre, danach erfolgt automatisch die Umwandlung in ein Bezügekonto. Voraussetzung für eine kostenfreie Kontoführung ab Ausbildungsbeginn/Berufsstart: Eingang Ausbildungsvergütung bzw. Bezüge.

²⁾ Zinssatz variabel, befristet bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres; vierteljährliche Zinsgutschrift

³⁾ Für Einzelmitglieder der Landesbünde und Mitgliedsgewerkschaften des dbb und ihre Angehörigen; Gutschrift auf Ihr Bezügekonto über das dbb vorsorgewerk für die Dauer der Ausbildung (max. 3 Jahre)

Banken gibt es viele. Aber die BBBank ist die einzige bundesweit tätige genossenschaftliche Privatkundenbank, die Beamten und Arbeitnehmern des öffentlichen Dienstes einzigartige Angebote macht. Zum Beispiel das Junge Bezügekonto mit kostenfreier Kontoführung¹⁾ und Verzinsung des Kontoguthabens (bis max. 1.000,- Euro).²⁾

Vorteil für dbb-Mitglieder:

- Jährlich 30,- Euro Bonus³⁾ während der Ausbildung

Informieren Sie sich jetzt über die **vielen weiteren Vorteile** Ihres neuen Kontos unter Tel. 0 800/40 60 40 160 (kostenfrei) oder www.bezuegekonto.de

Mehr Informationen? Gerne!

Tel. 0 800/40 60 40 160 (kostenfrei)
oder www.bbbank.de



Die Bank für Beamte
und den öffentlichen Dienst

Liebe Kollegin,
lieber Kollege,



Detlef Dames

die Finanzämter steuern auf ein personelles Desaster zu. Ein Gegensteuern seitens der Politik ist derzeit nicht erkennbar.

Die Personalsituation wird künftig immer schwieriger. So scheiden bis zum Kalenderjahr 2020 immerhin 25% der Beschäftigten in den Finanzämtern aus dem aktiven Dienst aus. Eine Nachbesetzung dieser Stellen wird zunehmend problematischer, da die geburtenschwachen Jahrgänge auf den Ausbildungsmarkt kommen. Selbst wenn es gelingt alle freien Stellen zu besetzen, würde damit nur der bereits bestehende Mangel verwaltet.

Knackpunkt ist derzeit die im Haushalt 2016/2017 unzureichende Zahl von angemeldeten Stellen für die Arbeitserledigung in den Finanzämtern.

Die Deutsche Steuer-Gewerkschaft kann nur immer wieder feststellen:

Die Bedarfsberechnung im Rahmen der Personalbedarfsberechnung (PersBB) künstlich knapp zu halten und damit einen Fehlbestand von rund 600 Stellen zu produzieren, wird den zu erledigenden Aufgaben nicht gerecht und ist fahrlässig.

Von dem dann schon zu niedrig ermittelten Stellenbestand 10% willkürlich als „Entbehrungsquote“ zu streichen, entbehrt jeder sachlichen Begründung.

Nach Anmeldung dieser zu wenigen Stellen im Haushalt für die Finanzämter, die jährlich wiederkehrende Nichtbesetzung von mehr als 200 Stellen zum 01.10. jeden Jahres zu ignorieren, ist künftig auch nicht mehr länger hinnehmbar.

Irritierend ist jedoch immer wieder, dass die zwischenzeitlich zweistellige Krankenquote von der Senatsverwaltung für Finanzen nicht mit dem krankmachenden Stress durch die durch Personalknappheit entstandene Arbeitsverdichtung in Verbindung gebracht wird, sondern meint, dieses auf das gestiegene Durchschnittsalter der Beschäftigten zurückführen zu können. Diese Ansicht wird in der Praxis dadurch entlarvt, dass der Krankenstand in allen Jahrgängen gleich hoch ist. Kennzeichnend ist aber, dass die Krankenquote in den Bereichen – wie z.B. Festsetzungs- und Erhebungsplätze – mit höheren Stresswerten auch besonders beachtlich ist.

Fatal ist, wenn - wie geschehen - bei der PersBB auf den 01.01.2015 Arbeiterschwernisse durch Gesetzesänderungen und Steigerung der Fallzahlen nach dem Stichtag, nicht in die Berechnung einfließen, sie aber trotzdem zur Grundlage für die Stellenanmeldung im Doppelhaushalt Haushalt 2016/2017 genommen werden. Damit werden die Finanzämter hinsichtlich der erforderlichen Personalausstattung im Zusammenhang mit der wachsenden Stadt Berlin abgekoppelt und drei Jahre lang auf Reserve und damit an die Wand gefahren.

Dass bei diesen Arbeitsbedingungen noch immer herausragende Arbeitsergebnisse abgeliefert werden, ist ein Verdienst der Beschäftigten, an dem die Senatsverwaltung für Finanzen den geringsten Anteil hat.

Die Deutsche Steuer-Gewerkschaft wird nicht nachlassen eine höhere Stellenausstattung und mehr Personal einzufordern.

Mit kollegialen Grüßen

Landeshauptvorstand im politischen Dialog

Am 15. Juni 2016 versammelten sich die Delegierten der DSTG Berlin zur Sitzung des Landeshauptvorstandes. Auf der Arbeitstagung standen neben den Berichten der verschiedenen Gremien auch wichtige Entscheidungen. Zudem bot der Landeshauptvorstand einen geeigneten Rahmen, die Positionen der DSTG Berlin mit Politik und Verwaltung zu diskutieren.

Bereits vor einiger Zeit war der Kollege Alexander Lüttke (FA Charlottenburg) aus der Funktion eines stellvertretenden Vorsitzenden ausgeschieden. Ihm sei auch an dieser Stelle nochmals für seine Arbeit innerhalb der DSTG gedankt. Nun wurde die Kollegin Gabriela Kluge (FA Friedrichshain-Kreuzberg) vom Landeshauptvorstand einstimmig als neue stellvertretende Vorsitzende der DSTG Berlin gewählt. Darüber hinaus stand die Vorbereitung der im Dezember 2016 stattfindenden Personalratswahlen einschließlich der Diskussion über die Aufstellung der Listen für die Wahl zum Gesamtpersonalrat für die Berliner Finanzämter auf dem Programm. Über das Ergebnis werden wir zu gegebener Zeit informieren.



Gabriela Kluge

Die im Berliner Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien hatten größtenteils Vertreter/innen entsendet, um ihre Vorstellungen zur Zukunft des öffentlichen Dienstes in der wachsenden Stadt Berlin im Allgemeinen und die Zukunft der Steuerverwaltung im Speziellen darzustellen und mit der DSTG zu diskutieren.

Einleitend machte der DSTG-Landesvorsitzende Detlef Dames klar, dass Politik und Verwaltung ihre Anstrengungen verstärken müssen, um den öffentlichen Dienst und damit auch eine Tätigkeit in der Steuerverwaltung wieder bzw. weiter attraktiver zu gestalten. Die Schritte zur Besoldungsanpassung müssen bei mindestens 1,0 % – besser 1,5 % – über dem Tarifergebnis liegen, damit der Zeitraum des Aufholens überschaubar bleibe. Dames begrüßte ausdrücklich, dass im gerade verabschiedeten Besoldungsanpassungsgesetz auf Initiative der Opposition die Forderung des dbb berlin und seiner Mitgliedsgewerkschaften aufgegriffen und eine Mindesthöhung von 75 € umgesetzt wurde. Auch die Wiedereinführung der Jubiläumszuwendung sei erfreulich. Allerdings habe die Verabschiedung der Regelung, die ebenfalls auf eine langjährige Forderung von dbb berlin und DSTG zurückgehe, viel zu lange gedauert. Zudem sei das Thema auch nicht konsequent umgesetzt worden – es fehlt nach wie vor die Änderung der Sonderurlaubsverordnung, um den langjährigen Einsatz der Beamtinnen und Beamten in gleicher Weise mit einem freien Tag zu würdigen, wie dies bei den Arbeitnehmern durch den Tarifvertrag der Fall sei. Auch hätte die Politik die Chance, durch die rückwirkende Gewährung eines Tages Sonderurlaub für diejenigen, die in den letzten zehn Jahren ein Dienstjubiläum begehen konnten und noch im aktiven Dienst sind, wenigstens eine kleine Anerkennung zu gewähren. Neben Fragen der Personalbedarfsberechnung thematisierte Dames insbesondere die Frage der Nachwuchsgewinnung für die Steuerverwaltung. So forderte er eine weitere Erhöhung der Aus-

bildungszahlen und eine bessere Stellenausstattung der Finanzämter zum Zwecke der praktischen Ausbildung. Auch eine Erhöhung der Anwärterbezüge sei unabdingbar. Zudem kritisierte Dames die Berliner Verweigerungshaltung bei den Themen Trennungsgeld und Mietzuschuss für die Unterbringung in Königs Wusterhausen, die alle anderen dort ausbildenden Institutionen selbstverständlich zahlen würden. „Wenn sich daran nichts ändert, sind wir als Berliner Steuerverwaltung der Verlierer. Wenn wir der Verlierer sind, ist die Stadt auch Verlierer“, so Dames im Hinblick auf die finanzielle Situation Berlins.

Im Anschluss ergriffen Christian Goiny (haushaltspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion), Benedikt Lux (Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) sowie Dr. Manuela Schmidt (haushalts- und finanzpolitische Sprecherin der Linksfraktion) das Wort zu den Delegierten. Alle drei betonten, wie gut in den Finanzämtern gearbeitet wird und richteten Ihren Dank stellvertretend für alle Beschäftigten an die anwesenden Vertreter/innen der DSTG-Bezirksgruppen.

Goiny stellte dar, dass aus Sicht der CDU nach Jahrzehnten nötigen Sparens nun ein Umdenken möglich und notwendig sei. Beim Personalbestand im Land Berlin sei eine Trendwende erreicht, es gebe jetzt 5.000 Stellen mehr als 2011. Nun sei ein Personalbedarfskonzept dringend erforderlich, in dem es um die Besoldung, aber auch um andere Themen wie Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Personalentwicklung (u. a. um Fragen wie Einstieg, Quereinstieg und Aufstieg) gehen müsse.



Dr. Margarethe Sudhof

Gerade im Bereich der

Finanzverwaltung stehe Berlin vor einer großen Herausforderung, was besonders die Ausbildung und die Übernahme von Nachwuchskräften betreffe. Auch Hard- und Software müssten funktionieren, damit die Verwaltung arbeitsfähig ist. Abschließend betonte er, dass die CDU Berlin als attraktive Metropole gestalten möchte, was höhere Steuereinnahmen voraussetze.

Lux wies einleitend darauf hin, dass sich Investitionen in die Finanzämter und das dortige Personal immer um ein Vielfaches auszahlen würden. Aus Sicht der Grünen befinde sich Berlin in einer Regierungskrise und – aufgrund der schlechten politischen Führung – auch in einer Verwaltungskrise. Daher sei ein Zukunftspakt für den öffentlichen Dienst dringend erforderlich, entsprechende Vorschläge würde seine Partei in Kürze vorlegen. Die hohe Steuerquote und eine gerechte Steuerlast müssten erhalten bleiben, damit Berlin zukunftsfähig bleibe. Die Kritik an der Arbeit der Finanzämter sei in der Öffentlichkeit erfreulich gering, insbesondere im Vergleich zu anderen Verwaltungen (z. B. den Bürgerämtern). Gleichwohl sei beim Thema Ausbildung auch hier zu wenig gemacht worden.

Schmidt stellte fest, dass zwischen Dezember 2011 und Dezember 2015 in den Finanzämtern ein Personalaufwuchs von nur 0,6 % (ca. 80 Vollzeitäquivalente) stattgefunden habe.

Auch die 35 zusätzlichen Stellen für die Finanzämter seien nur ein Tropfen auf den heißen Stein und stünden außerhalb eines vernünftigen Verhältnisses zum stetigen Anstieg der Steuerfälle und zu den Anforderungen der wachsenden Stadt. Sie kritisierte, dass die Einstiegsgehälter zu gering seien – eine Anhebung sei erforderlich bzw. zumindest eine Verkürzung der Verweildauer in den Einstiegsämtern. Zudem müsse endlich eine strategische Personalentwicklung her. Dies koste nicht immer Geld. Die Aufstiegschancen für bewährte Mitarbeiter müssten deutlich verbessert werden. Aus Sicht der Linksfraktion erfordere eine solche strategische Personalentwicklung eine leitende Hand – einen Staatssekretär speziell für dieses Thema, der direkt beim Regierenden Bürgermeister angesiedelt sein sollte.

Die Senatsverwaltung für Finanzen wurde zur selben Thematik, jedoch aus terminlichen Gründen zu einem anderen Zeitpunkt durch die Staatssekretärin Dr. Margaretha Sudhof sowie die Abteilungsleiterinnen Dr. Maria-Henriette Abel und Ute Goetsch vertreten. Sudhof überbrachte den Delegierten ebenfalls stellvertretend für alle Beschäftigten den Dank des Senats und der Senatsverwaltung für das hohe Engagement und das gute Fachwissen.

Berlin sei in einem Prozess des Wandels und des Wachstums. Dies ziehe ein Steigen der Steuerfälle nach sich. Die wachsende Stadt sei in den Personalplanungen bis 2020 berücksichtigt, es werde ein Aufwuchs in allen Laufbahnen stattfinden. Die Ergebnisse der Personalbedarfsberechnung auf den 01.01.2015 seien in den Haushalt 2016/2017 eingeflossen.



Die Landesleitung der DSTG mit Frau Sauer-Schnieber (Bildmitte)

Sudhof räumte ein, dass die Gewinnung von Nachwuchskräften kein Selbstläufer sei, sondern starke Anstrengungen benötige. Diese würden durch die Senatsverwaltung unternommen. Eine weitere Erhöhung der Ausbildungszahlen über 170 Anwärter/innen pro Laufbahn hinaus scheitere jedoch an den Kapazitäten in Königs Wusterhausen. Den Forderungen nach Trennungsgeld und Mietzuschuss erteilte Sudhof erneut eine Absage. Insgesamt betrachtet stehe die Steuerverwaltung gut da. Dies bestätigte Dames in seiner kurzen Gegenrede, brachte aber auch zum Ausdruck, dass die Senatsverwaltung daran den geringsten Anteil habe. Dies sei auf die herausragenden Leistungen der Beschäftigten zurückzuführen, die sie häufig auf Kosten ihrer Gesundheit erbringen würden. Die Anforderungen der wachsenden Stadt und die damit wachsende Zahl der Steuerfälle seien im Haushalt nicht abgebildet, da die Personalbedarfsberechnung dies gerade nicht berücksichtige.

In den verschiedenen Diskussionsrunden machten die Delegierten deutlich, dass sie sich über die von allen ausgesprochene Anerkennung und den Dank für die Leistung der Beschäftigten in den Berliner Finanzämtern freuen – dies allein aber nicht ausreichend für die Zukunftsfähigkeit der Steuerverwaltung ist. Sowohl von der Politik als insbesondere von der Verwaltung wird erwartet, dass die dargestellten Sorgen und Nöte ernst genommen und abgestellt werden.

Als Gast seitens der DSTG-Bundesleitung wurde die stellvertretende Bundesvorsitzende Andrea Sauer-Schnieber herzlich begrüßt. Sie erläuterte in ihrem Statement, dass unter Berücksichtigung von Krankheit, Teilzeit usw. bundesweit etwa 20.000 Beschäftigte fehlen, was einem personellen Unterbestand von 20 % in der Finanzverwaltung entspricht. Fachkräftemangel sei kein Problem nur der Wirtschaft, sondern auch der Verwaltung – was die Situation noch weiter zu verschärfen drohe. Hier müsse endlich gegengesteuert werden. Im Hinblick auf aktuelle Diskussionen stellte Sauer-Schnieber klar, dass Renten und Pensionen schon systematisch nicht vergleichbar sind. In einem diesbezüglichen Gutachten einer renommierten Verwaltungsrechtlerin sei zudem dargestellt, dass unter Einbeziehung von Betriebsrenten durchaus ein vergleichbares Niveau erreicht werde. Die durch die Föderalismusreform eingetretenen Besoldungsdifferenzen wären eine Ungerechtigkeit, die für die DSTG auch zukünftig nicht hinnehmbar ist. Sauer-Schnieber kritisierte, dass Controlling und RMS seitens der Verwaltung vielfach als Freibrief für niveauloses Arbeiten propagiert würden. Genau dies wollten die Kolleginnen und Kollegen in den Finanzämtern aber gerade nicht. Daher mache die DSTG auf Bundesebene Steuerpolitik. Es gehe darum, die Arbeitsbewältigung in den Finanzämtern einerseits und die Qualität der Arbeit andererseits zu sichern. Daher habe die DSTG intensiv zur geplanten Modernisierung des Besteuerungsverfahrens Stellung bezogen. Die „Panama Papers“ müssten endlich zu einer Beweislastumkehr führen – wer Briefkastenfirmen nutzt muss beweisen, dass er damit nur legale Zwecke verfolgt und keine Steuerhinterziehung passiert. Ein großer Schritt zur Aufhebung des Bankgeheimnisses und damit zu mehr Steuergerechtigkeit sei nach jahrelangem Kampf gelungen. Mittlerweile haben ca. 100 Staaten den Austausch von Informationen über Kapitaleinkünfte vereinbart. Die hierzu eingehenden Infos soll das Bundeszentralamt für Steuern bewältigen. Abschließend warb die stellvertretende Bundesvorsitzende um Teilnahme am diesjährigen Tag der Steuergerechtigkeit, der am 28.09.2016 bundesweit stattfinden wird.



Nadja Kneiske, Vors. der Bezirksgruppe im FA Reinickendorf

IMPRESSUM

Herausgeber: Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DSTG) Landesverband Berlin
 Kluckstraße 8, 10785 Berlin, Tel.: 030 - 21473040, Fax: 030 - 21473041
 www.dstg-berlin.de, e-mail: info@dstg-berlin.de

V.i.S.d.P.: Detlef Dames, Landesvorsitzender

Redaktion: Detlef Dames, Rolf Herrmann, Jürgen Köchlin, Mario Moeller, Bernd Raue, Christa Röglin, Christoph Opitz

Fotos: Archiv der DSTG Berlin

Anzeigenverwaltung: Götz Lemke, Landesgeschäftsstelle

Druck: eXtremdruck, Rödenauen 18, 96465 Neustadt b. Coburg www.extremdruck.de

Auflage: 7.500 Exemplare - kostenlose Verteilung an die Beschäftigten der Berliner Finanzverwaltung

Erscheinungsweise: 10 x jährlich

Nachdruck, Vervielfältigung oder Verbreitung nur nach Genehmigung unter Quellenangabe und Übersendung eines Belegexemplars.
 Gezeichnete Beiträge stellen die Meinung der Verfasserin / des Verfassers dar, die mit der Meinung der DSTG Berlin nicht übereinstimmen muss.

Die Landesfrauenvertretung informiert



Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

stellen Sie sich vor, ab morgen hätten Sie die Möglichkeit einen Amtskindergarten nutzen zu können. Im Finanzamt Kassel ist dies bereits wahr geworden. Dort wurde eine Kita integriert. Dieses Projekt ist so erfolgreich, dass mir bei meinem letzten Telefonat mit der dortigen Frauenvertreterin mitgeteilt wurde, dass das Angebot von 12 Plätzen jetzt auf 20 erhöht wird.

Auch die Berliner DSTG-Landesfrauenvertretung denkt schon länger über solch ein Projekt nach. Dabei gäbe es mehrere Gedanken, wie man dies organisieren könnte. Bekäme jedes Finanzamt eine eigene Kita? Könnte es eine Kita geben für mehrere Finanzämter mit örtlicher Nähe? Wir haben viele Ideen. Um den Anfang machen zu können, damit dieses Projekt angestoßen und dann an allen erforderlichen Stellen vorgetragen werden kann, benötige ich Ihre Mithilfe!

Für eine Bedarfsermittlung freue ich mich über eine, bzw. viele Rückmeldung/en bis zum 15.09.2016. Dafür gibt es den folgenden Fragenkatalog, den Sie einfach aus dem Heft reißen können und bitte in einem verschlossenen Umschlag persönlich und vertraulich an das FA FuSt, z.Hd. Marita Bartelt schicken:

Was sollte diese Kita anbieten? _____

Wieviel Geld wären Sie bereit monatlich zu bezahlen? _____

Kinder welchen Alters sollten in dieser Kita betreut werden? _____

Wäre eine Halbtags- oder Ganztagsbetreuung gewünscht? _____

Welche Öffnungszeiten sollte die Kita haben? _____

Aus wie vielen Kindern sollte eine Gruppe maximal bestehen? _____

Würden Sie die Kita bei einem entsprechenden Angebot in Anspruch nehmen?

Für eigene Ideen, Vorschläge und Anregungen wäre ich dankbar.

Herzliche Grüße

Marita Bartelt

Meine Kontaktdaten:

Tel. im FA FuSt: 9024-32317

Mail: marita.bartelt@dstg-berlin.de